



Presseinformation

Nr. 26.054

26.02.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 13 – Arbeitszeiterfassung für Schleswig-Holsteins Lehrkräfte

Dazu sagt die Abgeordnete der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Uta Röpcke:

Arbeitszeiterfassung muss Lehrkräfte entlasten!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD präsentiert uns heute einen Antrag zur Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte, der vor allem eines ist: ein Déjà-vu. Und damit wir aus diesem Déjà-vu ein bisschen rauskommen, haben wir uns entschieden, wenigstens die Redner*innen bei uns auszutauschen. Statt meinem Kollegen Malte Krüger übernehme ich heute mal das Thema. An unserer inhaltlichen Positionierung wird das allerdings, fürchte ich, nichts ändern.

Geschätzter Kollege Martin Habersaat, Sie haben das Thema letztes Jahr ja schon mal aufgebracht. Neu ist einzig die Erzählung in Ihrer Begründung: Weil wir Ihren Antrag 2025 abgelehnt haben, unterstellen Sie nun, wir hätten eine „neu erwachte Bereitschaft“, nachdem im Haushalt 2026 Mittel für ein Gutachten eingeplant sind. Interessantes politisches Framing, es hat nur leider mit der Realität nicht viel zu tun. Wir bleiben genau in dem 2025 beschlossenen und vereinbarten Verfahren: Im kommenden Bildungsausschuss am 05. März steht das Thema auf der Tagesordnung. Da werden wir uns dann gemeinsam damit auseinandersetzen und beraten, wie wir in Schleswig-Holstein weitermachen wollen.

Warum Sie jetzt, zwei Wochen vorher, „nötige Schritte“ fordern, um „Arbeitszeitmodelle inklusive Arbeitszeiterfassung voranzutreiben“, und diesen „Prüfauftrag“ formulieren, ob eine Organisationsuntersuchung nach sächsischem Vorbild als Grundlage geeignet wäre für Schleswig-Holstein, ist nur schwer zu verstehen. Ebenso schwer zu verstehen: Die entscheidende Frage, was denn aus der Arbeitszeiterfassung am Ende eigentlich genau folgen soll, bleibt unbeantwortet. Dabei sollte dies doch eigentlich die zentrale Leitfrage sein. Denn wir wollen ja Überlastung nicht nur dokumentieren, sondern sie reduzieren. Genau deshalb ist der Verweis auf Sachsen kein gutes Argument für einen schnellen Beschluss, sondern eher ein Argument für ein klug durchdachtes, auf Schleswig-Holstein zugeschnittenes Stufenmodell: Erst die Datengrundlage schaffen, dann einen Piloten aufsetzen und am Ende daraus verbindliche Entlastungen ableiten.

Und an dieser Stelle möchte ich doch etwas skeptisch anmerken: Arbeitszeiterfassung ist kein neutrales Instrument. Die Kollegin Jette Waldinger-Thiering hat in der letzten Plenardebatte dazu das Beispiel Dänemark erwähnt. Der Blick nach Dänemark ist immer wertvoll, aber auch hier müssen wir die Frage nach Vergleichbarkeit stellen. Wie ich aus meiner Beschäftigung damit verstanden habe, läuft dort vieles einerseits über Berechnung von Jahresarbeitszeiten, andererseits über konkrete Aufgaben- und Arbeitspläne. Das bedeutet für uns hier: sorgfältig planen, genau dokumentieren, beides miteinander abgleichen. Als (Selbst)Kritik an dem „dänischen Modell“ habe ich aber auch wahrgenommen:

Wenn Arbeitszeit nur erfasst wird, ohne gleichzeitig echte Entlastungsmechanismen damit zu verbinden, wird sie eine zusätzliche Belastung. Und wenn sie als Steuerungs- oder Kontrollinstrument wahrgenommen wird, wird sie zur Vertrauensfrage. Von Dänemark lernen heißt also in diesem Fall nicht, schnell genau das aufsetzen, was dort schon gemacht wird, sondern von Dänemark lernen kann in diesem Fall nur heißen: Klare auf Schleswig-Holstein angepasste Systeme, Mitbestimmung und für Schleswig-Holstein definierte Ziele. Lieber Kollege Martin Habersaat, dazu enthält ihr Antrag leider nichts: Keine Aussage zur Rechts- und Datenschutzarchitektur, keine Klarheit über konkrete Entlastungswirkungen, keine verbindlichen Einbindungen der Personalvertretungen. Aber genau das ist der Kern: Arbeitszeiterfassung darf kein Selbstzweck sein, sie muss strukturelle Verbesserungen ermöglichen, sonst ist sie wirklich wertlos. Deshalb lehnen wir den SPD-Antrag ab, nicht trotz, sondern wegen seines wichtigen und richtigen Anliegens.

Was schlagen wir stattdessen vor?

Wir holen das Thema aus dieser „ewig grüßt das Murmeltier“-Plenums-Show in die fachliche Bearbeitung. Denn genau dort gehört die Debatte hin: Modellvarianten, Aufwandsschätzungen, Datenschutz, Beteiligung der Personalvertretungen und ein konkreter Fahrplan für Schleswig-Holstein.

Wir schaffen eine belastbare Grundlage. Das im Haushalt vorgesehene Prognose-Gutachten soll den schulischen Alltag realistisch abbilden – Unterricht, Vor- und Nachbereitung, Konferenzen, Elternarbeit, Inklusion, Vertretungen, Digitalisierung, Schulentwicklung, Ferienzeiten.

Ein Blick nach Sachsen bedeutet eine Auseinandersetzung mit den vielen offenen Fragen: Welche Arbeitszeitlogik gilt? Wie werden Spitzen abgefedert? Wie werden Teilzeit oder besondere Belastungen fair abgebildet? Welche Ausgleichsmechanismen greifen wirklich und welche Entlastungsmaßnahmen sind dann verbindlich?

Und zuletzt: Ein Blick nach Bremen zeigt, wie man ein solches Instrument praktisch in Schulen verankern kann, ohne dass es zum nächsten Verwaltungstool wird, das Lehrkräfte nachts füttern müssen.

Und damit bin ich noch einmal bei der GEW und den Kollegien: Wer Arbeitszeit erfasst, darf die Verantwortung am Ende nicht bei den Lehrkräften abladen. Ziel muss sein, Arbeitsorganisation zu verändern, Aufgaben zu priorisieren und Unterstützungssysteme so auszustatten, dass Schule ein besserer Ort wird. Wer Lehrkräfte wirklich entlasten will, muss umsichtig und klug gemeinsam Hand in Hand mit Gewerkschaften und Sozialpolitiker*innen handeln. Denn viele soziale und gesellschaftliche

Herausforderungen landen im Klassenraum und verstärken zusätzlich die Belastung unserer Lehrkräfte.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de